

Antrag der Fraktion Die Linke**Mehr Jugendhilfe pro Einzelfall – und vor Ort – ermöglichen**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die bis heute im Ergebnis nicht geminderte unverantwortbare Überlastung Fallbearbeiterinnen und Fallbearbeiter in der Bremer und Bremerhavener Jugendhilfe zu beenden. Als nächster Schritt sollen alle – auch vorübergehend – unbesetzten Planstellen in diesem Bereich, insbesondere Hilfen zur Erziehung, besetzt oder entsprechend zusätzlich substituiert werden.

Begründung:

Von Seiten der Behörde und der betreffenden Mitarbeiterschaft wird ein fortdauernd etwa gleich gebliebenes Niveau der Fallzahlen pro „Case-Manager“ gemeldet. Ursache sind erheblich gestiegene gemeldete Fallzahlen, die seit dem bekannten aufrüttelnden Ereignis vor einem Jahr ans Licht kommen.

Die aktuell eingestellten Mitarbeiter/-innen führen daher nicht zu einer dringend von allen Parteien für nötig gehaltenen Verbesserung der Bearbeitungskapazität für den einzelnen Fall.

Im Gegenteil: Die zusätzlichen und sinnvollen Aufgaben der besseren Dokumentation, der Eingabe von Papier-Akten in elektronische Medien und vor allem die anwachsende Vernetzungsarbeit der sozialen Dienste, der Bildung, der Gesundheitsversorgung usw. – alles dringlich geboten – brauchen selbstverständlich zusätzlich Arbeitszeit, die nicht für die Betreuung vor Ort verwendet werden kann.

Nicht besetzte Planstellen – auch vorübergehend vakante – sind ein erster Anhaltspunkt und Maßstab, um den dargestellten Missstand zu beheben.

Jost Beilken,
Peter Erlanson und Fraktion Die Linke